

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/722)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 02. August 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Gesetz zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugs- gesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Maßregelvollzugsgesetz vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545) wurde durch Artikel 33 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) geändert. Einzelne Regelungen bedürfen aufgrund der Umsetzungspflicht der Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind (ABl. L 132 vom 21.05.2016, S. 1-20), einer klarstellenden Anpassung.

B. Lösung

Erlass des vorliegenden Änderungsgesetzes

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Das Änderungsgesetz verursacht weder für die öffentlichen Haushalte noch bei den Einrichtungen des Thüringer Maßregelvollzugs zusätzliche Kosten.

E. Zuständigkeit

Federführend zuständig ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Gesetz zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Maßregelvollzugsgesetz vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545), geändert durch Artikel 33 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Unterbringung von Jugendlichen ist eine unverzügliche, möglichst wenig eingreifende medizinische Untersuchung sicherzustellen, mit der insbesondere die allgemeine geistige und körperliche Verfassung beurteilt wird."

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Unterbringung von Jugendlichen muss die Dokumentation so umfassend sein, dass die Ergebnisse der medizinischen Untersuchung bei der Feststellung berücksichtigt werden können, ob der Jugendliche Befragungen, anderen Ermittlungs- oder Beweiserhebungshandlungen oder zu seinen Lasten ergriffenen oder geplanten Maßnahmen gewachsen ist."

2. § 13 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

"Jugendliche werden von Erwachsenen getrennt untergebracht, es sei denn, dies entspricht nicht ihrem Wohl. Eine getrennte Unterbringung kann auch nach Vollendung des 18. Lebensjahres des Unterbrachten weiter erfolgen, sofern dies unter Berücksichtigung der Umstände des Unterbrachten gerechtfertigt und mit dem Wohl der mit diesem zusammen unterbrachten Jugendlichen vereinbar ist."

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

3. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:

(3) Jugendliche haben das Recht auf Erziehung und Ausbildung. Dies gilt auch, wenn sie physische oder sensorische Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten haben. Jugendlichen ist der Zugang zu Angeboten zu gewährleisten, mit denen ihre Entwicklung und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert wird.

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit der Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Thür-MRVG) vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545), geändert durch Artikel 33 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) werden die sich aus der Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, ergebenden Klarstellungen vorgenommen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

§ 10 Abs. 1 ThürMRVG ist im Hinblick auf Artikel 8 Abs. 1 Satz 2 der Richtlinie (EU) 2016/800 zu ergänzen, indem eine unverzügliche, möglichst wenig eingreifende medizinische Untersuchung durch einen Arzt oder eine andere qualifizierte Fachkraft erfolgen soll, damit insbesondere die allgemeine geistige und körperliche Verfassung beurteilt werden kann.

Zu Buchstabe b

Die Konkretisierung der Dokumentationspflichten basiert auf Artikel 8 Abs. 2 der Richtlinie (EU) 2016/800 und dient dem Schutz der Jugendlichen, also Personen unter 18 Jahren. Die Berücksichtigung der Ergebnisse der medizinischen Untersuchung bei der Feststellung, ob der Jugendliche Befragungen, anderen Ermittlungs- oder Beweiserhebungshandlungen oder zulasten des Jugendlichen ergriffenen oder geplanten Maßnahmen gewachsen ist, kann beispielsweise im Rahmen laufender Ermittlungsverfahren sinnvoll sein und wird daher als Änderung befürwortet. Insofern besteht entsprechender Änderungsbedarf.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a

Die neuen Sätze dienen der Klarstellung. Werden Jugendliche untergebracht, sollten besondere Schutzmaßnahmen zu ihren Gunsten ergriffen werden. Insbesondere sollten sie im Einklang mit Artikel 37 Buchstabe c des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes sowie aufgrund der Vorgaben des Artikels 12 Abs. 1, 3 und 4 der EU-Richtlinie 2016/800 von Erwachsenen getrennt untergebracht werden, es sei denn, dem Wohl des Untergebrachten entspricht etwas Anderes. Vollendet ein untergebrachter Jugendlicher das 18. Lebensjahr, sollte es möglich sein, ihn weiterhin getrennt unterzubringen, sofern dies unter Berücksichtigung der Umstände der betroffenen Person gerechtfertigt ist. Bei untergebrachten Jugendlichen ist angesichts der ihnen eigenen Schutzbedürftigkeit besonders darauf zu achten, wie sie behandelt werden.

Zu Buchstabe b

Folgeänderungen zu Buchstabe a

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die Änderung geht zurück auf die Vorgaben des Artikels 12 Abs. 5 der Richtlinie (EU) 2016/800 und stellt klar, dass das Recht der Jugendlichen auf Erziehung und Ausbildung keinen Beschränkungen oder Voraussetzungen unterliegt und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft ganz besonders gefördert und ihnen zu diesem Zweck der Zugang zu entsprechenden Maßnahmen und Angeboten, wie beispielsweise Alphabetisierung, Schulabschluss und so weiter, gewährleistet werden muss.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zu Buchstabe a

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Geszentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Geszentwurfs)?																	
Geszentwurf zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes Geszentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/722 -																	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)																
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Arztlicher Direktor des OHK Mühlhausen Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ökumenisches Heinrich Klinikum gGmbH Pfafterode 102 • 99974 Mühlhausen/Thür. Tel.: 036 01/803-237</td><td>Organisationsform</td><td>gGmbH</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td colspan="3">Ökumenisches Heinrich Klinikum</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td colspan="3">Pfafterode 102</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td colspan="3">99974 Mühlhausen</td></tr></table>	Name	Arztlicher Direktor des OHK Mühlhausen Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ökumenisches Heinrich Klinikum gGmbH Pfafterode 102 • 99974 Mühlhausen/Thür. Tel.: 036 01/803-237	Organisationsform	gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ökumenisches Heinrich Klinikum			Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfafterode 102			Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen		
Name	Arztlicher Direktor des OHK Mühlhausen Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ökumenisches Heinrich Klinikum gGmbH Pfafterode 102 • 99974 Mühlhausen/Thür. Tel.: 036 01/803-237	Organisationsform	gGmbH														
Geschäfts- oder Dienstadresse	Ökumenisches Heinrich Klinikum																
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfafterode 102																
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen																
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)																
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td colspan="2"><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort									
Name	Vorname																
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)																	
Straße, Hausnummer																	
Postleitzahl, Ort																	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Ärztlicher Direktor</i> <i>CA Borensch; CA KZPP</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>MHL; 5.07.2020</i>	

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH

Mühlhausen/Thüringen

Akademisches Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena
Fachkrankenhaus für Neurologie,
Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik,
Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychosomatik



Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH
Pflafferode 102 • 99974 Mühlhausen/Thür.

THUR. LANDTAG POST
10.07.2020 10:31
1593612020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Telefon

Unser Zeichen

Datum
06.07.2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes

Ihr Schreiben vom 22.06.2020 - Antwort

Sehr geehrte Damen und Herren,



TLT/10331/20/3

die beabsichtigten Gesetzesänderungen sind insgesamt durchweg zu begrüßen und entsprechen auch bereits unserer heutigen Alltagspraxis.

Es sei vorweggeschickt, dass unsere forensische Klinik für das Bundesland Thüringen mit der Behandlung forensisch untergebrachter Jugendlicher verantwortlich betraut ist und dies auf der Station Forensik 5 zur Umsetzung kommt.

Insofern Sie in Ihrem Gesetzesentwurf nochmals betonen, dass die Unterbringung minderjähriger forensischer Patienten nicht mit Erwachsenen gemeinsam erfolgen soll / darf, weise ich darauf hin, dass die Anzahl minderjähriger forensischer Patienten für unser Bundesland stets sehr gering ist. Aktuell befindet sich auf der Station noch 1 Patient im minderjährigen Alter (15 Jahre), die anderen 12 Patienten haben die Volljährigkeitsgrenze überschritten in einem Alter bis 25/26 Jahre. Im Höchstfall fand sich eine Belegung von 2-4 minderjährigen Patienten in der Vergangenheit.

Die Bildung einer eigenen organisatorischen Einheit ist demnach personell nicht möglich und es kommt hierdurch zwangsläufig zu einer Mischbelegung mit jüngeren erwachsenen Patienten.



Die Etablierung einer reinen Station für minderjährige Patienten wäre nur Bundesland übergreifend möglich, dann sicher wiederum um den Preis der Heimatferne mit schlechteren Kontaktmöglichkeiten zur Ursprungsfamilie und einer schwierigeren Resozialisierung.

Die übrigen Punkte des Gesetzentwurfes sind vollumfänglich zu bejahen und bedürfen meinerseits keiner weiteren Kommentierung.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesen Angaben zunächst hinreichend gedient zu haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ärztlicher Direktor ÖHK Mühlhausen
Komm. Chefarzt der Klinik für Forensische Psychiatrie

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Landesapothekenkammer Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/721 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesapothekenkammer Thüringen</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mühlmannstr. 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesapothekenkammer Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mühlmannstr. 6	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesapothekenkammer Thüringen	KdöR										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mühlmannstr. 6										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Ständesvertretung Apotheken	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzesentwurf ist klarstellungsbedürftig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 1.04.2020	

THÜR. LANDTAG POST
02.07.2020 10:07

15023/2020

LAKT

Landesapothekerkammer
Thüringen

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Landesapothekerkammer Thüringen | Thälmannstraße 6 | 99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

E-Mail:

info@lakt.de

1. Juli 2020

Vorab per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
-Drucksache 7/721-
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die von Ihnen eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme.
Wir begrüßen grundsätzlich das Ansinnen, das Thüringer Heilberufegesetz der EU-Richtlinie 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 anzupassen.

Wir bitten zu dem aktuell vorliegenden Gesetzentwurf folgende Überlegungen zu berücksichtigen:

Mit der Einführung des neuen § 5 c in das Thüringer Heilberufegesetz wird das Erfordernis der Prüfung der Verhältnismäßigkeit mit einer eigenen Regelung der Bedeutung der Verhältnismäßigkeitsprüfung Rechnung getragen. Es ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, dass durch die Kammern vor der Einführung oder Änderung von Ordnungen und Satzungen eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen vorzunehmen ist.

Unklar ist indes die Regelung des § 5 c Absatz 2 des Gesetzentwurfs. Satz 1 legt fest, dass die Kammern der Aufsichtsbehörde das Ergebnis der Prüfung der Verhältnismäßigkeit mit den Erläuterungen und Gründen nach Artikel 4 Absätze 3 und 4 der Richtlinie (EU) 2018/958 spätestens mit der Einreichung der Satzung an die Aufsichtsbehörde zur Genehmigung nach § 15 Absatz 2 vorzulegen haben. Diese Regelung wird auf Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2018/958 gestützt und ist nachvollziehbar. Bedenken ergeben sich gegen die Regelung in Satz 2, die ohne weitere Verfahrenshinweise konstatiert, dass die Aufsichtsbehörde die Genehmigung nicht erteilt, wenn sie das Prüfergebnis der Kammer nicht bestätigen kann. Hier fehlt die Klarstellung, dass diese Prüfung im Ergebnis nicht einer Fachaufsicht über die Kammern gleichkommt, die dem Artikel 4 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/958 nicht entnommen werden kann. Hier wird lediglich vorgegeben, dass Sorge dafür zu tragen ist, dass die Prüfung durch die Kammern unabhängig und objektiv durchgeführt wird. Eine Prüfung der Entscheidungen der Kammern kann also auch nur den Inhalt haben, ob die neu geplanten Regelung objektiv und unabhängig getroffen wurde. Eine inhaltlich-fachliche Prüfung durch die Behörde würde der Forderung nach einer unabhängigen Prüfung sogar zuwiderlaufen. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit wird jedoch allein durch die satzungsgebenden Gremien, also von der Kammerversammlung durchgeführt. Eine inhaltliche Prüfung kann und soll hingegen eine Aufsichtsbehörde nicht leisten, dies würde dem Wesen der Heilberufskammern als Selbstverwaltungskörperschaft die Grundlage entziehen.

Wir regen daher an, die Überwachungsfunktion der Aufsichtsbehörde dahingehend zu formulieren und konkretisieren, dass die Genehmigung nur dann nicht erteilt werden kann, wenn keine oder keine ausreichend unabhängige und objektive Verhältnismäßigkeitsprüfung im Sinne der EU-Richtlinienvorgaben vorgenommen wurde. Ungeachtet dessen bleibt unklar, wie im Fall einer nicht erteilten Genehmigung aufgrund eines anderen Prüfergebnisses weiter zu verfahren wäre. Einzuhaltende Fristen, Folgen und mögliche Rechtsmittel sollten aus Gründen der Klarstellung ebenfalls benannt werden.

Unklar ist zudem die Regelung in § 5 c Absatz 2 Satz 3 des Gesetzentwurfs. Hier wird festgelegt, dass in den Fällen, in denen keine Genehmigungspflicht besteht, die Kammern die Unterlagen nach Satz 1 spätestens drei Wochen vor Beschlussfassung durch die Kammer der Aufsichtsbehörde zur Nachprüfung vorzulegen seien. Auch hier sind der genaue Ablauf und der Zweck der behördlichen Prüfung nicht konkret geklärt. Auch hier muss sichergestellt sein, dass sich die behördliche Prüfung allein auf die Durchführung der Verhältnismäßigkeitsprüfung beziehen kann, also allein die Objektivität und die Unabhängigkeit der Verhältnismäßigkeitsprüfung Gegenstand der behördlichen Prüfung sind. Darüber hinaus ist auch an dieser Stelle zu konkretisieren, welchen Zweck und welche Folgen die behördlichen Prüfungen haben, die Einführung einer Genehmigungspflicht für nicht genehmigungspflichtige Satzungen kann aus naheliegenden Gründen ja nicht das Ziel sein.

Es wird daher angeregt, das weitere Verfahren unter Nennung einer Frist zur Äußerung der Aufsichtsbehörde bzw. eine Klarstellung aufzunehmen, dass der Beschluss nicht auf unbestimmte Zeit der schwebenden Unwirksamkeit unterliegt, wenn sich die Behörde im Verfahren nicht äußert. Auch möchten wir darauf hinweisen dass insbesondere mit der Vorlagepflicht drei Wochen im Voraus außer Acht gelassen wird, dass der endgültigen Beschlussfassung eine Diskussion der Entscheidungsgremien vorausgeht und die Begründung der Verhältnismäßigkeit ggf. noch erweitert oder konkretisiert werden muss, bevor es zu einem abschließenden Beschluss kommt. Es ist auch nicht ersichtlich, ob und innerhalb welcher Frist sich die Aufsichtsbehörde zu den eingereichten Unterlagen äußern wird.

Weiterer Änderungsbedarf

Im Weiteren möchten wir die Gelegenheit nutzen, um erneut auf das Änderungsbedürfnis einzelner Regelungen des Thüringer Heilberufegesetzes hinzuweisen. Die Landesapothekerkammer Thüringen hatte zuletzt mit Schreiben vom 2. November 2016 an den Thüringer Landtag Anregungen zu Änderungen des Thüringer Heilberufegesetzes überreicht, mit der Bitte diese im Rahmen einer Novellierung des Thüringer Heilberufegesetzes zu berücksichtigen. Da nun mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes die Anpassung an EU-Recht vorgenommen wird, möchten wir darum bitten zu prüfen, ob die nachfolgenden Anregungen bereits im Zuge dieser Gesetzesänderung Eingang finden können.

Die Notwendigkeit einer weitergehenden Überarbeitung des Thüringer Heilberufegesetzes wird insbesondere dadurch deutlich, dass hier beispielsweise noch von dem Ladenschlussgesetz die Rede ist, obwohl dieses im Jahr 2006 durch das Thüringer Ladenöffnungsgesetz abgelöst wurde und auch die Novellierung der Apothekenbetriebsordnung aus dem Jahr 2012 redaktionell bisher keine Berücksichtigung gefunden hat. Vor diesem Hintergrund bitten wir zu prüfen, inwieweit eine grundsätzliche Überarbeitung des Heilberufegesetzes in Abstimmung mit allen Heilberufekammern sinnvoll und geboten wäre.



Im Einzelnen regen wir dessen ungeachtet folgende Änderungen an:

1. Anpassung des § 6 Absatz 1 an aktuellen Wortlaut der Apothekenbetriebsordnung

In § 6 Absatz 1 Nr. 1 und 2 ThürHeilBG findet sich noch der Wortlaut der im Jahr 2012 novellierten Fassung der Apothekenbetriebsordnung. So sollte § 6 Absatz 1 Nr. 2 ThürHeilBG nicht auf § 4 des Ladenschlussgesetzes verweisen, da dieses in Thüringen durch das Ladenöffnungsgesetz verdrängt wird. Im Weiteren sollte der Verweis in § 6 Absatz 1 Nr. 3 ThürHeilBG nicht auf § 23 Absatz 4 Apothekenbetriebsordnung, sondern auf § 23 Absatz 3 verweisen.

2. Anpassung des § 5 Absatz 1 Nr. 7 an aktuelle Verweisung im SGB V

In § 5 Absatz 1 Nr. 7 der aktuellen Fassung des Thüringer Heilberufegesetzes wird im Zusammenhang mit der Zuständigkeit der Kammern für die Ausstellung von Heilberufsausweisen auf § 291 a Absatz 5 a Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch verwiesen. Hierbei handelt es sich um eine durch zwischenzeitliche Änderungen des SGB V veraltete Verweisung. Zutreffend müsste auf die Zuständigkeitszuweisung aus § 291 a Absatz 5 f) SGB V verwiesen werden. Schließlich betrifft § 291 a Absatz 5 a SGB V lediglich die Zugriffsberechtigung auf die elektronische Gesundheitskarte durch Ärzte und deren Gehilfen und nicht (mehr) die Zuständigkeit der Kammern für die Ausgabe der Heilberufe, welche mit § 5 Absatz 7 ThürHeilBG geregelt werden sollte.

Klarstellend sollte in diesem Zusammenhang auch die zuständige Stelle nach § 291 a Absatz 5 f Nr. 2 SGB V für die Prüfung der Berufsausübungsberechtigung, also die zuständige Stelle für die Erteilung und Rücknahme von Approbationen in das Thüringer Heilberufegesetz aufgenommen werden. Im Weiteren regen wir an, die Zuständigkeit für die Ausgabe der Institutionskarten ebenfalls ausdrücklich zu regeln. Diese Zuständigkeit wird bisher lediglich als Annexzuständigkeit von den Kammern wahrgenommen, obwohl hier auch die Auffassung vertreten werden kann, dass zumindest für die Apothekerschaft die sachnähere Behörde nicht die Kammer, sondern die Behörde, die für die Erteilung und die Entziehung der Betriebserlaubnis zuständig ist. Zumindest wäre eine ausdrückliche Zuständigkeitszuweisung aus Gründen der Rechtsklarheit mehr als wünschenswert.

3. Klarstellung zur Befugnis der Erteilung von Fortbildungszertifikaten durch die Kammern

Dieses Klarstellungsbedürfnis resultierte seinerzeit aufgrund des am 19.07.2012 ergangenen Urteils des Oberverwaltungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt, welches feststellte, dass die Zahnärztekammer in Sachsen-Anhalt mangels einer ausreichenden Rechtsgrundlage im Heilberufegesetz nicht berechtigt gewesen sei, Fortbildungszertifikate auszustellen. Da eine solche ausdrückliche Regelung auch in Thüringen bislang fehlte, baten wir um Prüfung der Erforderlichkeit der Schaffung einer Rechtsgrundlage sowie ggf. Einführung einer klarstellenden Regelung.

4. Anzeigepflicht der Kammerangehörigen beim zuständigen Gesundheitsamt

Ein weiter Punkt betrifft die Regelung des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz. Nach dieser Regelung haben sich alle Apotheker nach Aufnahme der beruflichen Tätigkeit unter Vorlage ihrer Berechtigungsnachweise bei dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden.

Wir hatten bereits mehrfach gegenüber unserer Aufsichtsbehörde angeregt, diese Regelung dem tatsächlich intendierten Regelungszweck und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir sind der Auffassung, dass die Thüringer Gesundheitsämter selbstverständlich zur ihrer Aufgabenwahrnehmung zuverlässige Informationen über die ortsansässigen Apotheken benötigen. Auf unsere Anfragen bei den Gesundheitsämtern erhielten wir die Auskunft, dass für die An- und Abmeldung nicht selbständiger Apotheker, insbesondere derjenigen, die in der Industrie, Verwaltung oder Wissenschaft tätig sind, keine objektive Notwendigkeit oder Verwendung dieser Daten bestünde. Wir regten deshalb an, den Wortlaut des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz sowie des § 7 der Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der

Gesundheitsämter (GesDV) dahingehend abzuändern, dass lediglich die Apothekeninhaber verpflichtet werden, die Aufnahme der beruflichen Tätigkeit, den Sitz der Niederlassung sowie die Beendigung und jeden Niederlassungswechsel gegenüber dem Gesundheitsamt anzuzeigen.

5. Zusammenarbeit zwischen Kammern und Behörden nach § 9 Thüringer Heilberufegesetz durch umfassende Informations- und Datenübermittlung zur Erfüllung der Kammeraufgaben

Eine weitere Anregung betrifft die Schaffung einer Klarstellung zur Zusammenarbeit mit den Thüringer Behörden durch umfassende Informations- und Datenübermittlung. Zum Aufgabenbereich der Kammer gehört gem. § 5 des Thüringer Heilberufegesetz auch die Überwachung der Berufsausübung der Apotheker und die Herausgabe der Heilberufsausweise und deren Überwachung. Berufsspezifische Gesetzes- und Verordnungsverstöße, die durch die Behörde, das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz, festgestellt werden, führen durch die in der Berufsordnung verankerte Verpflichtung der Thüringer Apotheker, Gesetze und Verordnungen zu beachten, stets zum Erfordernis, einen berufsrechtlichen Überhang zu prüfen, um damit den gesetzlichen Auftrag der Berufsaufsicht erfüllen zu können. Die Landesapothekerkammer Thüringen ist damit zwingend darauf angewiesen, über den Kenntnis- und Verfahrensstand der Behörde informiert zu werden.

Die Ausgabe der Heilberufsweise erfordert die Prüfung und Überwachung der Berufsausübungsberechtigung der Kammerangehörigen. Hier bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber ob und welche Informationen an die Kammer seitens der Behörde von sich aus übermittelt werden müssen bzw. dürfen. Ein darauf begründetes Informationsdefizit erschwert eine effektive Wahrnehmung der Berufsaufsicht unsererseits. Wir bitten daher um eine klarstellende Regelung, die eine umfassende Informations- und Datenübermittlung sicherstellt, die auch die Übersendung vollständiger Akten umfasst.

6. Befugnis zur Beseitigung festgestellter Verstöße durch die Kammer

Im Weiteren regten wir an, eine Regelung zu schaffen, die die Kammer in die Lage versetzt, belastende Verwaltungsakte zur Beseitigung festgestellte Verstöße zu erlassen. Nach einem Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichts vom 27.06.2006, Az. 2 EO 739/05 ist aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage ausschließlich das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz für etwaige Beseitigungsanordnungen befugt. Als Konsequenz dieser fehlenden Befugnis unsererseits, kommt es beispielsweise zu der Konstellation, dass die Landesapothekerkammer Thüringen zwar für die Erteilung von Erlaubnissen von Rezeptsammelstellen die zuständige Behörde ist, aber nicht dazu befugt ist, die Beseitigung festgestellter Verstöße, wie z.B. die Beseitigung nicht genehmigter Rezeptsammelstellen, anzuordnen. Hier ist die Kammer stets auf die Mitwirkung der Behörde angewiesen, wodurch aber eine effiziente und zeitnahe Aufgabenwahrnehmung erschwert wird und zu einem nicht nachvollziehbaren Auseinanderfallen der Zuständigkeit in derselben Angelegenheit führt. Nach den Feststellungen des Thüringer Oberverwaltungsgerichts soll die Regelung in § 5 Absatz 2 ThürHeilBG keine ausreichende Rechtsgrundlage sein, so dass wir deshalb die Einführung einer entsprechenden Befugnisnorm zugunsten der Kammer anregen.

7. Anpassung der Ordnungsgeldhöhe in § 46 a Thüringer Heilberufegesetz

§ 46 a Thüringer Heilberufegesetz gibt dem Kammervorstand die Möglichkeit, einen Kammerangehörigen, der die ihm obliegenden Berufspflichten verletzt hat, schriftlich zu rügen und diese Rüge mit einem Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 2.000 Euro zu verbinden.

Demgegenüber normiert § 11 des Thüringer Heilberufegesetzes, dass Kammerangehörige, die den Pflichten nach § 2 Absatz 2 oder 3 Thüringer Heilberufegesetz oder den sonstigen Pflichten der Satzung zuwider handeln mit einem Ordnungsgeld bis 5.000 Euro belegt werden können. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Meldeverstöße und sonstige Verstöße gegen die Satzung mit einem höheren Ordnungsgeld belegt werden können als die Berufspflichtverstöße der Berufsordnung.



Die Verhängung einer Rüge mit einem Ordnungsgeld stellt im Rahmen der Berufsrechtsverfahren zudem ein wichtiges Instrument der Sanktionsmöglichkeit des Kammervorstandes dar. Hierdurch lassen sich mitunter langwierige berufsgerichtliche Verfahren vermeiden, so dass eine Anpassung des Ordnungsgeldrahmens bei Berufspflichtverstößen auf 5.000 Euro angemessen wäre, um auch schwerwiegendere Verstöße adäquat sanktionieren zu können. Wir regen daher an, § 46 a Absatz Satz 2 entsprechend anzupassen.

8. Bekanntmachung von ermächtigten Kammerangehörigen in einem Verzeichnis § 29 Absatz 2 ThürHeilbG
Wir regen zudem an, die Verpflichtung in § 29 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz der Bekanntmachung eines Verzeichnisses, in denen ermächtigte Kammerangehörige aufzuführen sind, entsprechend des damit intendierten Ziels zu modifizieren.

Diese Verpflichtung verkennt aus unserer Sicht zunächst die Rechte der hier aufzuführenden Betroffenen. So haben die hier bekanntzugebenden ermächtigten Fachapotheker keine Möglichkeit, der Bekanntgabe ihrer Person und dem Umfang der ihnen zuerkannten Ermächtigung zu widersprechen. Sinn dieser Regelung soll sein, interessierte Kammerangehörige zu informieren. Allerdings erfolgt die Ermächtigung der Fachapotheker nicht allgemein, sondern für ein konkretes Weiterbildungsverhältnis. Die Ermächtigung allein begründet zudem kein Interesse des ermächtigten Fachapothekers oder eine Verpflichtung weitere Weiterbildungsinteressierte aufzunehmen, so dass die Bekanntmachung ihren Sinn verfehlen dürfte. Wir regen im Interesse der betroffenen Ermächtigten an, diese Verpflichtung in eine freiwillige Bekanntmachungsmöglichkeit zu modifizieren, so dass die Betroffenen eine Wahl haben, ob sie in ihrer Eigenschaft als Ermächtigter bekannt gegeben werden.

Insgesamt sehen wir wie oben beschrieben das Bedürfnis einer grundlegenden Überarbeitung des Thüringer Heilberufegesetzes. Diese Vorschläge zeigen lediglich einzelne Defizite auf, die uns in der täglichen Praxis aufgefallen sind und beispielsweise hinsichtlich der Zuständigkeits- und Aufgabenzuweisung sowie der Informationsübermittlung essentiell sind und grundsätzlich im Rahmen eines Erfahrungsaustausches der beteiligten Behörden und der Heilberufskammern eruiert werden müssten. Wir halten es daher für sinnvoll, den Änderungsbedarf unter Einbeziehung der beteiligten Stellen zu erörtern und Vorschläge gemeinsam zu erarbeiten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn dies unter Ihrer Federführung initiiert werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen
LANDESAPOTHEKERRKAMMER THÜRINGEN

Geschäftsführer

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)